

Was kann die Ökosoziale Marktwirtschaft leisten?

Herr Landesrat!
Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf Sie meinerseits auch herzlich begrüßen und ich möchte mich bei den Initiatoren dieser Veranstaltung dafür bedanken, dass auf einem sehr hohen Niveau und im grenzübergreifenden Gedankenaustausch im wahrsten Sinn an den Zukunftsthemen gearbeitet wird.

Nun, wenn wir den Weg der Menschheit durch die Jahrtausende geistig verfolgen, dann müssen wir feststellen, dass das Prinzip „Versuch und Irrtum“ zu diesem Weg der Menschheit einfach dazugehört. Kulturen sind gekommen, haben sich zur Blüte entwickelt und sind wieder verschwunden. Große Reiche sind entstanden und sind im Grau der Geschichte untergegangen.

Was heute neu ist, was erstmalig ist, das ist die globale Dimension. Es geht heute nicht mehr darum, dass punktuell Umwelt zerstört wird, wie zB in den heutigen Karstgebieten - aus dem exzessiven Abholzen der Wälder entstanden - oder in Wüstengebieten, sondern es geht um die globale Herausforderung. Das Gleiche gilt für das Zusammenleben der Menschheit insgesamt. Ob es uns gefällt oder ob es uns nicht gefällt: Die globale Schicksalsgemeinschaft ist die neue Herausforderung in diesem 21. Jahrhundert. Was wir zu spüren beginnen ist, dass auch in der kleinen Region leidvoll erfahren werden muss, was in der großen weltweiten Entwicklung schief läuft. Wir sind nicht mehr nur bei dem netten Wortspiel: global denken : lokal handeln, sondern wir befinden uns inmitten der konkreten Betroffenheit auf Grund globaler Fehlentwicklungen.

In einem der Bücher an die Global Marshall Plan Initiative von Franz Josef RADERMACHER haben wir ganz bewusst ein Zitat aufgenommen, das **Mahatma Gandhi** zugeschrieben wird, die Aussage lautet:

***„Die Erde hat genug für jedermanns Bedürfnisse,
aber nicht genug für jedermanns Gier!“***

Und ich meine, dass dieser schlichte Satz das zentrale Problem der heutigen Weltgegebenheiten ganz genau trifft.

Das, was Franz Josef Radermacher sehr zum nachdenklich werden heute geschildert hat, ist im Prinzip in diesem Satz beinhaltet.

Wir haben das Problem, dass sich Gier exzessiv ausleben kann, weil es zum einen an einem religiös-geistig-ethischen globalen Gesamtfundament fehlt. Im Gegenteil: Die abendländische Kultur hat sich in den verschiedenen Spielarten des bloßen Materialismus verfangen - ob der kommunistisch oder kapitalistisch orientiert ist. Außerdem fehlt es - auch eine Folge dieses fehlenden geistigen Fundaments - an vernünftigen Rahmenbedingungen von globalem Zuschnitt.

Wir haben aus guten Gründen, Rechtssysteme, weil wir wissen, dass trotz aller ethischen Orientierungen der Mensch in seiner charakterlichen Veranlagung fehlerorientiert ist: Das Strafrecht, das Verkehrsrecht, das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch u.v.a.m. Aber für die globale Ebene haben wir das nur sehr ansatzweise und wie dargestellt wurde, noch dazu in höchst gegensätzlicher Art.

Die völlige Freizügigkeit für den Bereich Geld und Kapital, die Doktrin des Freihandels unter völlig unterschiedlichen Produktionsbedingungen und auf der anderen Seite das machtmäßige Zupacken, wenn es gewissen Teilen der Welt in den Sinn passt, prägen das globale Geschehen.

Und nehmen Sie nur aus den aktuellen Ereignissen New Orleans her: Ohne Zweifel auch eines der Warnsignale, dass Erderwärmung und Erwärmung der Ozeane die Häufigkeit und die Wucht solcher Schadensereignisse beeinflusst. Mit dem werden die USA leider leben lernen werden müssen, genauso wie andere Regionen der Welt. Vielleicht beginnt der Herr Präsident BUSH einmal darüber nachzudenken, ob es wirklich intelligent war, zu sagen: „Kioto unterschreiben wir nicht, weil das der USA-Wirtschaft schadet“.

Dann haben wir die Meldungen aus Bagdad, die ja schon zum Tagesritual der Fernsehberichterstattungen gehören. Es ist nur die Frage, wie viele Tote es gibt. Mit militärischer Macht ist dem Problem des Terrors nicht beizukommen. Friedenssicherung kann nur auf der Basis von Gerechtigkeit und von Solidarität entwickelt werden. Die USA haben das schon einmal gekonnt. Das war etwa der Marshall-Plan nach dem 2. Weltkrieg und viele andere Initiativen.

Ein anderes Problem ist die Arbeitslosigkeit. Die österreichische Bundesregierung war zu Beginn dieser Woche in Arbeitsklausur, um „Beschäftigungsprogramme“ zu beschließen. Dasselbe Problem haben sie in Deutschland, haben sie in anderen EU-Staaten, haben sie europaweit. Wie werden wir mit der Geißel der Arbeitslosigkeit fertig? Präsident KÜBERL hat das vorher auch angesprochen. Ich sage Ihnen: So viel Beschäftigungsprogramme kann es gar nicht geben, als dass man das wettmachen könnte, was durch einen unfairen Wettbewerb, durch Auslagerung von Arbeit, von Beschäftigung tagtäglich verloren geht. Ohne globale Ausgewogenheit geht es nicht. Und dann erleben wir in diesen Tagen die Diskussionen anlässlich des UN-Gipfels in New York und hören zum wiederholten Male das Rezept des US-Präsidenten, der sagt: „Freihandel, denn das ist die beste Förderung der armen Länder“.

Dann kann man je nach Temperament zornig werden, man kann verzweifelt werden, man kann resignativ werden, nur all das hilft nicht weiter. Die Frage ist: Gibt es andere Lösungen, gibt es Möglichkeiten? Und ohne jetzt vermessen zu werden, dürfen wir sagen: JA! Wir haben eine europäische Erfahrung mit dem Namen SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT, die, ob sie jetzt so genannt wurde oder nicht, etwa 50 Jahre hindurch zwischen 1950 und 2000 in unterschiedlicher Ausprägung - im skandinavischen Modell, im deutschen, im österreichischen Modell, in verschiedenen anderen Formen - erfolgreich gelebt wurde. Und wir haben aus dem kleinen Österreich heraus kommend eine Weiterentwicklung in Form der Ökosozialen Marktwirtschaft. In der Bundesrepublik sagt man sozial-ökologische oder ökologisch-soziale Marktwirtschaft. Es geht um die Frage der Balance. Und das möchte ich versuchen, kurz darzustellen. Die Analyse zeigt: Die globale Schieflage führt einerseits dazu, dass der arme Teil der Welt arm bleibt oder noch mehr in die Armut gestoßen wird, sie bedingt auf der anderen Seite aber auch einen unfairen Wettbewerb, der unsere Mittelständler, unsere Bauern, der vor allem unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter Druck setzt. Das erleben wir ja tagtäglich. Wir kommen mit unseren Sozialsystemen, mit unseren Gesundheitssystemen, mit unseren Bildungssystemen unter Druck und es ist geradezu absurd, dass noch nie soviel Reichtum im Sinne Bruttoinlandsprodukt pro Kopf da war und trotzdem der gesamte öffentliche Bereich sich immer schwerer tut, die Leistungen erbringen zu können, die wir in viel ärmeren Zeiten gehabt haben. Da kann etwas nicht stimmen! Die finanzielle Schwächung des gesamten Gemeinwohlsektors ist zurecht angesprochen worden.

Es geht also um einen doppelten „Umstieg“ in der weltweiten Zivilisation: einerseits so leben, dass auch alle weiteren Generationen eine Chance haben, leben zu können und auf der anderen Seite so viel an Solidarität und an Gerechtigkeit im Zusammenleben der Menschheit schaffen, dass ein friedlicher Weg möglich ist. Denn Verzweiflung führt zunächst zum Versuch, auszuwandern. Sie wird aber letztlich in Ausbrüchen der Gewalt münden.

Der Lösungsansatz liegt in einem Modell der Ausgewogenheit, einem Modell der Balance. Das klingt sehr einfach, erfordert aber viel politische Kraft. Es geht darum, sich nicht in die Sackgasse extremer Positionen hineinzumanövrieren. Der Kommunismus ist gescheitert, weil er menschenverachtend totalitär war und weil er wirtschaftlich komplett versagt hat. Damit hatte er auch als politische Strategie keine Überlebenschance.

Der extreme Kapitalismus, die extreme Strategie der losgelassenen menschlichen Gier wird genauso scheitern. Letztlich am eigenen Unvermögen und daran, dass er der menschlichen Natur, der Würde des Menschen, dem natürlichen Recht des Menschen eklatant widerspricht.

Die Chance kann nur in einem Weg der Balance liegen. In einer Balance, dass wir sagen: Jawohl, wir brauchen eine leistungsfähige Wirtschaft, aber nicht als alleiniges Ziel, sondern wir brauchen ein funktionierendes System der Sozialen Fairness - im Kleinen, von der Familie beginnend bis zur globalen Solidarität - und wir brauchen einen Umweltschutz, der sich rechnet. Das, was Prof. Schmidt-Bleek am Vormittag so eindrucksvoll illustriert hat. Das war auch meine Grunderfahrung als Landesrat in der Steiermark vor 20 Jahren: Wir können die großen Industrieunternehmen, die Energiewirtschaft nur auf den Pfad der Nachhaltigkeit bringen, wenn sich Nachhaltigkeit auch betriebswirtschaftlich rechnet. Es geht um die Frage, wie Kosten zugeordnet werden, wie das Preis- und Kostengefüge gestaltet ist. Es geht um die jeweils richtige Balance. Das ist sehr einfach ausgesprochen, aber dort liegt die Kunst der politischen Gestaltung. Dort liegt die hohe Anforderung. Wo es heute fehlt, ist der politische Gesamtblick und nicht das Reparieren an Fehlentwicklungen des Tages. Wo es fehlt, ist der Mut zu politischen Entscheidungen auf kontinentaler und globaler Ebene. Das geht nur, wenn erkannt wird, dass mit nationalen Egoismen nichts mehr zu machen ist, sondern dass der Gesamtlösungen bedarf. So gut gemeint alle Anstrengungen in der Kommunalpolitik, in der Landespolitik, in der Staatspolitik sind und notwendig sind, sie allein schaffen es nicht.

Die 3 Eckpunkte des Modells der Ökosozialen Marktwirtschaft in wenigen Worten skizziert:

1. Zum „Eckpunkt“ WIRTSCHAFT:

Wir sind für eine leistungsfähige Wirtschaft, das heißt Forschung, Innovation, Entwicklung.

Wir wollen, dass Leistungsbarrieren abgebaut werden, ob im Bereich der Bürokratie, im Bereich der Gesetzgebung, im Bereich der Steuerpolitik, wo immer.

Wir brauchen eine Wirtschaft, die die Chance hat, sich innovativ entwickeln zu können.

Wir wollen Leistungsanreize.

Wir wollen vor allem, dass die regional verankerte Wirtschaft, die ja im wesentlichen Träger des Gemeinwohls ist, eine faire Chance hat.

2. Der Eckpunkt „SOZIALES“:

Heute ist schon die sogenannte Maschinensteuer angesprochen worden. Ich kann nur dafür plädieren! Ich war Obmann einer politischen Partei in Österreich, ich habe mich auch damals für die sozialen und ökologischen Belange stark gemacht. Ich war zB der Initiator, dass das System der Pflegesicherung geschaffen wurde, das zweite Karenzjahr eingeführt wurde oder die Anhebung der Kleinstrenten überdimensional vorangetrieben wurde. Was müssen wir erkennen, dass unser soziales System, unser Gesundheitssystem finanziell nicht mehr tragbar ist nach den Rezepten des 19. Jahrhunderts. Der Umbau des Finanzierungssystems entsprechend den Gegebenheiten der heutigen Wirtschaft ist notwendig.

Reden wir nicht von der Maschinensteuer, sondern reden wir davon, dass es darum geht, die Wertschöpfungsprozesse der Ökonomie in die Finanzierung des Gemeinwohls fair und sauber hineinzubringen. Das, meine Damen und Herren, erfordert zumindest eine europäische Strategie. Natürlich kann man nationalstaatlich das eine oder andere machen. Aber wir sind in einem europäischen Standortwettbewerb. Es ist die Unvollkommenheit der Europäischen Union, dass sie zwar den Binnenmarkt in Bezug auf Waren, Dienstleistungen und Beschäftigung gebracht hat, aber nicht für einen gemeinsamen Rahmen im Hinblick auf die Steuerpolitik und im Hinblick auf die wesentlichen Fundamente der Finanzierung unseres Gemeinwohlsystems, wo eben Gesundheit, Soziales, Bildung ganz entscheidend dazugehören. Das ist die Herausforderung! Küberl hat das zurecht angesprochen.

Nur sage ich dazu: Auch die Europäische Union allein wird sich schwer tun, wenn es ihr nicht gelingt, die globale Fehlentwicklung zumindest soweit zu korrigieren, dass Europa im globalen Wettbewerb seinen Weg der sozialen, ökologischen und ökonomischen Ausgewogenheit gehen kann.

3. Zum Eckpunkt „Ökologie“:

Zur Nachhaltigkeit brauche ich das nicht zu wiederholen, was gesagt wurde:

Striktes Verursacherprinzip,

Kostenwahrheit und

Umbau des Steuer- und Abgabensystems.

Dann wird Nachhaltigkeit ein Selbstläufer und muss nicht herbeigebetet werden oder sozusagen durch gutes Zureden oder gesetzliche Vorgaben erzwungen werden.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Nun geht es darum, diese Erfahrung als Grundmuster der globalen Gestaltung zu erkennen und zu akzeptieren. Wenn man sich auf globaler Ebene zu diesem Prinzip der Ausgewogenheit bekennt, ist die operative Umsetzung im Prinzip sehr einfach:

Wir müssen die Welt nicht neu erfinden,

sondern wir müssen nur das, was es gibt,

neu programmieren und in sich schlüssig machen. Das heißt: Mit den Instrumenten

Welthandelsorganisation, Internationaler Währungsfonds, Weltbank, Internationale

Arbeitsorganisation, UNO-Umweltprogramm und der Gesamtinstitution der Vereinten

Nationen haben wir alles, was wir für eine funktionsfähige „Global Governance“ brauchen.

Entscheidend ist, dass diese Instrumente im Sinne der Balance zwischen Wirtschaft, sozialer Solidarität und Nachhaltigkeit ausgerichtet werden und dass wir auch wieder lernen, Respekt zu haben vor der Würde jedes Menschen und damit auch vor der Würde der verschiedenen Kulturen, Religionen und Traditionen auf dieser Welt. Es geht um globale Solidarität bei recht verstandener Toleranz für die verschiedenen Lebensausprägungen.

Das Thema der Finanzmärkte muss angegangen werden. Es ist ein Skandal, dass mit bewusstem Zuschauen, wenn nicht mehr, die sogenannten Offshore-Plätze für die Kapitalflüsse zugelassen werden und damit der legale Entzug von Gemeinwohlpflichtigkeit für wichtige Teile der Finanzwelt möglich gemacht wird. Ebenso ist es sinnlos, ja gefährlich, wenn über den Druck des Standortwettbewerbs eine Steuerspirale nach unten ständig weitergetrieben wird, in Bezug auf Unternehmensbesteuerung und auf Kapitalbesteuerung. Das sind Dinge, an denen angesetzt werden muss.

Mit dem Projekt: „**Global Marshall Plan für eine weltweite Ökosoziale Marktwirtschaft**“ haben wir einen richtungsweisenden Weg aufgezeigt.

Es ist auch hier wieder relativ einfach, dass Grundmuster darzustellen:

Erstens: **Faire Entwicklungschancen** für alle Teile dieser Welt.
Erster Ansatzpunkt und erster Schritt sind die UN-Millenniumziele.
Ein erster, bescheidener Ansatzpunkt.

Der zweite Pfeiler unseres Konzeptes ist das gleichzeitige Einfordern weltweiter sozialer und ökologischer Standards. Es geht um ein Stückchen mehr **fairen Wettbewerb**. Wenn wir diesen Weg gehen, dann haben wir die Chance, dass tatsächlich weltweit auch ökonomisch ein neues Weltwirtschaftswunder in Gang gesetzt werden kann, weil es enorm viel Nachfrage gibt. Nicht Nachfrage nach Luxusgütern, sondern Nachfrage nach Überlebensnotwendigkeiten.

Ich brauche in die Details nicht einzugehen. Franz Josef RADERMACHER hat dazu gesprochen.

Wir haben uns Gedanken gemacht über die Finanzierungsmöglichkeiten, über die Gestaltungsmöglichkeit und über den Mitteleinsatz.

Wenn wir trotz aller bitteren Erfahrungen in diesem Jahr sagen: Unser Anker ist die Europäische Union, so aus zwei Gründen:

Der erste Grund ist, dass - derzeit jedenfalls - die führende Weltmacht USA für ein solches sinngebendes globales Konzept nicht verfügbar ist. Aber auch das kann sich ändern. Ich bin überzeugt, dass sich in den USA vieles an Nachdenklichkeit entwickelt und wir sollten daher auch so viel als möglich kooperieren mit all den Menschen, die sich eine andere Art von US-Politik vorstellen.

Der zweite Grund ist, weil Europa den Wert seiner historischen Erfahrung hat. Wir haben schon einmal mit Erfolg ein Modell der BALANCE gelebt und können dort anknüpfen. Daher unterstreiche ich all das, was Präsident Küberl in Richtung Wünsche an die österreichische Ratspräsidentschaft formuliert hat:

Wir sollen uns nicht überschätzen, aber die österreichische Bundesregierung würde sich nichts vertun, wenn sie dieses Thema eines globalen Zukunftskonzeptes überall, wo sie kann, im ersten Halbjahr 2006 innerhalb der EU zur Diskussion stellt: Ob im Allgemeinen Rat, im Rat der Finanzminister, der Umweltminister etc. Es gibt viele Ansatzpunkte, wo man dieses Modell einer fairen globalen Erfolgsstrategie behandeln kann.

Die Problematik der Europäischen Union ist ihre innere Zerrissenheit, auch ihr ideelles Hin- und Hergerissensein zwischen europäischer Erfahrung und der neoliberalen oder neokapitalistischen Doktrin. Das hat mit parteipolitischer Färbung der jeweiligen Regierungen relativ wenig zu tun. Es ist ein Grundproblem der geistigen Fehlentwicklung der vergangenen Jahrzehnte. Wenn man die Welt als Ganzes betrachtet, kann am ehesten die Europäische Union mit einer gewissen Berechtigung sagen: Wir haben Erfahrung, wie kontinental Friedensstrategie gemacht werden kann; wie es gelingt, eine gewisse Solidarität innerhalb Europas zu leben. Man kann das auf die globale Entwicklung übertragen.

Es geht natürlich um eine VISION: Wir brauchen eine Welt mit mehr Gerechtigkeit. Das ist die einzige Chance für eine friedensfähige Entwicklung. Wir glauben, dass es möglich ist, globale Partnerschaft zu leben - bei aller Unvollkommenheit, die uns im menschlichen Tun immer begleiten wird. Wir sind überzeugt, dass sich Unterstützung finden lässt, weil es sich ja letztlich um die wahrscheinlich einzige wirkliche Win-win-Strategie für die globale Herausforderung handelt.
Danke!